IMT Nuremberg Archives

H – 2468

International Court of Justice

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 19 July 1948

I certify that Document Number 3040-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-204 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H2468 - 0002

H2468 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3040-PS
No. USA - 204 is a photostat of an original
document submitted in evidence by the United States
Prosecution under this number. The original document
has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the
International Military Tribunal, and to the best of
my knowledge and belief is to be held at the OCCWC
Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg.

Paul Joosten

Nuremberg, 15 July 1948

PAUL A. JOOSTEN
General Secretary
International Military
Tribunal

...I.N.S.
Library.
Class Code

Geheim!

Allgemeine Erlaßsammlung

(AES)

2. Teil

Herausgegeben vom RSHA. - I Org.

H2468 – 0004

obmann Mitteilung, der die Weisung hat, sich mit der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle in Verbindung zu setzen.

(3) Dem Bezirksobmann ist die gewünschte Stärke des fehlenden Wachpersonals mitzuteilen. Die Gestellung der fehlenden Wachmänner obliegt ihm. Sofern hierbei Schwierigkeiten auftauchen sollten, z. B. bei der Vermittlung durch das Arbeitsamt, sind sie in gemeinsamer Zusammenarbeit zu beheben.

(4) Einzelheiten über die Stärke des Wachpersonals in den Betrieben und während des Transports vom Durchgangslager zum Betriebslager können nicht festgelegt werden, da die örtlichen Verhältnisse eine ausschlaggebende Rolle spielen. Bei der Bewachung muß von der Forderung ausgegangen werden, auf alle Fälle eine außerdienstliche Verbindungsaufnahme zwischen deutschen Volksgenossen und Sowjetrussen zu unterbinden. Wenn sich dieser Grundsatz auch an der Arbeitsstelle nicht ganz durchführen läßt, so ist er wenigstens im Lager streng zu beachten.

(5) Näheres über den Gesamteinsatz, die Behandlung am Arbeitsplatz und die Ernennung von Wachmännern zu Hilfspolizeibeamten ergeht durch Erlaß des RSHA. — IV D. Sofern bei den zu treffenden Bewachungsmaßnahmen Schwierigkeiten auftreten sollten, ist unter Bezugnahme auf diesen Erlaß durch FS. sofort zu berichten.

An die IdS., Stapo(leit)stellen.
Nachrichtlich:
An das Reichsarbeitsministerium, die polit. Abwehrbeauftr. des Bewachungsgewerbes.

— Nicht veröffentlicht —

Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten.

RdErl. des RF/uChdDtPol. im RMdI. vom 20. 2. 1942
— S IV D Nr. 208/42 (ausl. Arb.) —

In der Anlage[1] übersende ich Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und genaue Beachtung.

Den Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD habe ich folgende zusätzliche Weisungen zu geben:

A. Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet.

I. Allgemeine Sicherungsmaßnahmen.

(1) Der Einsatz von Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet im Reich birgt trotz der besonderen Beschränkungen der Lebensführung dieser Arbeitskräfte größere Gefahren in sich als jeder andere Ausländereinsatz, zumal in der Praxis, vor allem am Arbeitsplatz, eine restlose Trennung von deutschen oder anderen ausländischen Arbeitern und eine strenge Bewachung vielfach kaum durchgeführt werden wird. Der Sicherheitspolizei obliegt die Verantwortung für die Gefahrenabwehr, und sie muß alles daran setzen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, d. h. die

[1] *Vergl. Anlage 1.*

H2468 – 0005

H2468 – 0006

Gefahrenlage auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Da mit Kräfteverstärkung nicht zu rechnen ist, müssen es sich die Inspekteure und die Staatspolizei(leit)stellen besonders angelegen sein lassen, die anderen am Einsatz dieser Arbeitskräfte beteiligten Dienststellen zur Wahrung der sicherheitspolizeilichen Belange in ihrem Zuständigkeitskreis anzuhalten.

(2) Die aus dem Russeneinsatz erwachsenden Aufgaben sind bei den Staatspolizei(leit)stellen in einem Referat zusammenzufassen und in diesem von einem leitenden Kriminalbeamten unter ständiger persönlicher Einschaltung des Staatspolizei(leit)stellenleiters verantwortlich zu führen.

(3) Nach Möglichkeit ist für eine gewisse Anzahl von Betrieben mit Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet ein Beamter zu bestimmen, der die Überwachung dieser Arbeitskräfte am Arbeitsplatz und in der Unterkunft in Verbindung mit den Abwehrbeauftragten leitet.

(4) Soweit in Betrieben mit Arbeitskräften aus altsowjetrussischen Gebieten noch keine politischen Abwehrbeauftragten bestehen, sind solche zu ernennen.

(5) Mangels sonstiger Überprüfungsmöglichkeiten ist unbedingt ein besonders intensiver exekutiver Nachrichtendienst innerhalb dieser Arbeitskräfte aufzubauen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes und die Gefahr von Sabotagehandlungen zu richten ist.

II. Unterkunft und Bewachung.

1. Von der in Ziffer A V der Anlage 1 vorgesehenen abgesonderten und bewachten Unterbringung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet ist, mit der einzigen Ausnahme der einzeln eingesetzten weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, auf keinen Fall abzusehen.

2. (1) Für die rechtzeitige Beschaffung der Bewachungsmannschaften in den unter A V 1 b) und c) der Anlage genannten Betrieben ist besonders Sorge zu tragen. Wenn auch die Betriebe und die Reichsarbeitsverwaltung zur intensiven Mithilfe bei Erfüllung dieser Aufgabe verpflichtet sind, liegt die Verantwortung letzten Endes doch bei den Dienststellen der Sicherheitspolizei.

(2) Es ist daher folgendes Verfahren vorgesehen:

a) Die Landesarbeitsämter haben Weisung, laufend mehrere Wochen im voraus zu planen, auf welche Betriebe ihres Bereiches und in welcher ziffernmäßigen Stärke die mit den nächsten Transporten eintreffenden Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet verteilt werden. Sie haben hiervon sofort bei Aufstellung bzw. Ergänzung des Planes den Inspekteuren der Sicherheitspolizei und des SD Kenntnis zu geben. Dieser muß seinerseits dafür sorgen, daß er laufend hierüber unterrichtet ist und ständig mit dem Bezirksobmann der Fachgruppe Bewachungsgewerbe Verbindung halten.

b) Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD des Gebietes, in dem Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet neu eingesetzt werden, erhält rechtzeitig vor dem Eintreffen eines jeden Transportes Nachricht von dem Referat IV E 1 b des RSHA.

Er unterrichtet hiervon
das Landesarbeitsamt — Referat Arbeitseinsatz —, das gegebenenfalls noch Umdisponierungen mitzuteilen hat;
den Inspekteur der Ordnungspolizei,
vor allem, soweit ein Einsatz in solchen Betrieben erfolgt, in denen seitens der Ordnungspolizei Führungspersonal für die Bewachungsmannschaften abgestellt werden muß;
den Bezirksobmann der Fachgruppe Bewachungsgewerbe mit der Auflage, für die bestimmten Betriebe die Bewachungsmannschaften durch ein oder mehrere Unternehmen bereitzustellen und selbst oder durch das Bewachungsunternehmen mit der für den einzelnen Betrieb örtlichen zuständigen Staatspolizei(leit)stelle Verbindung aufzunehmen;
die örtlich zuständige Staatspolizeileitstelle.

c) Die Staatspolizei(leit)stelle hat alsdann die von den Betrieben erstellten Unterkünfte zu prüfen bezw. prüfen zu lassen. Es ist festzustellen, ob Werkschutz in dem Betriebe vorhanden ist und ob er zahlenmäßig für die Bewachung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet ausreicht. Ist letzteres nicht der Fall, hat die Staatspolizei(leit)stelle für die Ergänzung des Werkschutzes durch das Bewachungsgewerbe zu sorgen. In den Betrieben, in denen kein Werkschutz vorhanden ist, hat sie die Bereitstellung der Bewachungskräfte durch das Bewachungsunternehmen zu überwachen und zu prüfen, ob sie nach Zahl und Eignung den Erfordernissen entsprechen.

(3) Der Einsatz des Bewachungsgewerbes in geschützten Betrieben ist mit dem OKW. abgesprochen. Die Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz im Vierjahresplan wird den Zentralbehörden, denen staatliche Betriebe mit eigenem Wachdienst unterstehen, die Mitteilung zugehen lassen, daß sie Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet nur zugeteilt erhalten können, wenn sie die Bewachung der Arbeitskräfte durch den für diese Betriebe vorgesehenen Wachdienst gewährleisten. Da eine schlechte Bewachung der Arbeitskräfte etwa in diesen Betrieben die allgemeine Sicherheit gefährdet, werden die Staatspolizei(leit)stellen auch der Bewachung dieser Betriebe ein Augenmerk zu schenken und Schwierigkeiten dem RSHA. zu melden haben.

(4) Trotz aller Vorsorge werden gerade bei der Bereitstellung des erforderlichen Bewachungspersonals zahlreiche Schwierigkeiten auftreten. Diese sind nach besten Kräften örtlich zu beheben und widrigenfalls durch FS. zu melden.

3. Mit der Ausübung der Aufsicht über die Bewachung dieser Arbeitskräfte ergeben sich für die Staatspolizei(leit)stellen vor allem folgende Pflichten:

a) Bestätigung des Leiters der Bewachung sowie dessen Vertreters.

In Betrieben mit Werkschutz wird der Leiter der Bewachung in der Regel der Werkschutzleiter sein. In den Betrieben, in denen ausschließlich Kräfte des Bewachungsgewerbes eingesetzt sind oder werden, ist der von der Ordnungspolizei zur Verfügung gestellte Beamte — auf dem Lande in der Regel der Gendarmeriebeamte — zum Leiter der

H2468 – 0007

H2468 – 0008

Bewachung zu bestimmen. Leiter und Vertreter müssen, soweit nicht beamtete Polizeikräfte zur Verfügung stehen, Hilfspolizeibeamte sein. Bei größeren Lagern werden gegebenenfalls noch einige wenige weitere geeignete Kräfte zu Hilfspolizeibeamten zu ernennen sein, da ständig ein Hilfspolizeibeamter greifbar sein muß. Es ist jedoch darauf zu achten, daß nur in dem unbedingt notwendigen Umfange Bewachungskräfte zu Hilfspolizeibeamten ernannt werden.

b) Belehrung des Werkschutzes und des Bewachungspersonals.

Die Wachmänner haben sich von den sowjetrussischen Arbeitskräften strengstens fernzuhalten und dürfen mit ihnen außerhalb des Dienstes kein überflüssiges Wort sprechen. Sie haben energisch den Lagerinsassen gegenüber aufzutreten, dürfen aber ihnen gegenüber keine Ungerechtigkeiten begehen.

c) Das Verhalten der Wachmänner ist laufend zu prüfen. Disziplinlosigkeiten der Kräfte des Werkschutzes und des Bewachungsgewerbes sind mit staatspolizeilichen Mitteln zu ahnden.

d) Auswahl derjenigen deutschen Kräfte aus dem Betriebspersonal, die nebenamtlich mit besonderen Werkschutzfunktionen den Russen gegenüber versehen werden.

Da von den Bewachungsmannschaften am Arbeitsplatz nur wenig Kräfte eingesetzt werden können, ist die erforderliche Anzahl von deutschen Vorarbeitern und Meistern mit diesen Werkschutzfunktionen zu betrauen. Die hierfür ausgesuchten Männer müssen politisch zuverlässig, charakterlich einwandfrei sein und energisch durchgreifen können. In Betrieben mit hauptamtlichem Werkschutz sind die nebenamtlichen Werkschutzmänner dem Werkschutzleiter zu unterstellen. In Betrieben ohne hauptamtlichen Werkschutz ist aus ihnen ein nebenamtlicher Werkschutzleiter zu bestellen, dem die Beaufsichtigung der nebenamtlichen Werkschutzmänner obliegt. Die Werkschutzleiter sind für eine laufende Belehrung der Wachmänner in vorstehendem Sinne verantwortlich. Die Staatspolizei(leit)stellen haben sich durch Stichproben hiervon zu überzeugen und gegebenenfalls eine Ergänzungsausbildung unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse zu veranlassen.

e) Allgemeine Anweisungen an die Wachmänner nach anliegendem Muster (siehe Anlage) [1].

f) Sonderanweisungen an die Wachmänner in Einzelfällen oder bei örtlich auftretenden Sonderfragen.

Aufgabe der Wachmänner ist lediglich die Bewachung und Erhaltung der Disziplin der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet. Besondere Verwaltungsfragen sind ihnen nicht zu übertragen. Die Verwaltung der Lager ist vielmehr eine besondere Angelegenheit des Betriebes, auch die Führung eines Lagerbuches bezw. einer Lagerkartei zählt hierzu. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß der Leiter der Bewachung Vorstellungen erheben kann, wenn Mängel der Verwaltung die Durchführung sicherheitspolizeilicher Aufgaben gefährden.

[1] *Anlage 2*

III. Bekämpfung der Disziplinwidrigkeit.

(1) Entsprechend der Gleichsetzung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet mit Kriegsgefangenen muß eine straffe Disziplin in den Unterkünften und am Arbeitsplatz herrschen. Disziplinlosigkeiten, zu denen auch pflichtwidrige Arbeitsverweigerung und lässiges Arbeiten mitgehören, werden ausschließlich von der Geheimen Staatspolizei bekämpft. Die leichteren Fälle werden von dem Leiter der Bewachung nach Weisung der Staatspolizei-(leit)stellen mit den in der Anlage vorgesehenen Maßnahmen erledigt. Zur Brechung akuten Widerstandes wird den Wachmännern auch eine körperliche Einwirkung auf die Arbeitskräfte zu erlauben sein. Doch darf hiervon nur aus zwingendem Anlaß Gebrauch gemacht werden. Die Arbeitskräfte sollen stets darüber belehrt werden, daß sie bei disziplinvollem Verhalten einschließlich guter Arbeitsleistung anständig behandelt werden.

(2) In schwereren Fällen, d.h. in solchen, in denen die dem Leiter der Bewachung zur Verfügung stehenden Maßnahmen nicht ausreichen, hat die Staatspolizei(leit)stelle mit ihren Mitteln einzugreifen. Dementsprechend wird in der Regel nur mit harten Maßnahmen, d.h. Einweisung in ein Konzentrationslager oder Sonderbehandlung, vorzugehen sein.

(3) Die Einweisung in ein Konzentrationslager erfolgt auf dem üblichen Wege.

(4) In besonders schweren Fällen ist beim Reichssicherheitshauptamt Sonderbehandlung[1] unter Angabe der Personalien und des genauen Tatbestandes zu beantragen.

(5) Die Sonderbehandlung[1] erfolgt durch Strang. Sie soll nicht in unmittelbarer Umgebung des Lagers stattfinden. Eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet soll der Sonderbehandlung beiwohnen; ihnen ist dabei der Tatbestand, der zur Sonderbehandlung führte, warnend bekanntzugeben.

(6) Sollte aus Gründen der Lagerdisziplin ausnahmsweise Sonderbehandlung im Lager erforderlich sein, ist dies mit zu beantragen.

IV. Reichsfeindliche Bestrebungen.

Reichsfeindliche Bestrebungen, insbesondere Verbreitung kommunistischen Gedankenguts, Zersetzungspropaganda, Sabotageakte, sind mit schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Durch schnellen Zugriff darf die Sorgfalt bei der Anstellung von Ermittlungen nicht leiden, um den gesamten Täterkreis zu erfassen. Reichsfeindliches Verhalten ist in der Regel durch Sonderbehandlung zu ahnden, in leichteren Fällen wird Einweisung in ein Konzentrationslager in Frage kommen.

V. Kriminelle Verfehlungen.

(1) Kriminelle Verfehlungen werden grundsätzlich — gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb des Lagers begangen — mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet. Die Ermittlungen sind, soweit erforderlich, von den Kriminalpolizei(leit)stellen zu führen.

[1] *Vergl. 2 F XII.*

H2468 – 0009

H2468 – 0010

Den Kreispolizeibehörden ist vorsorglich Weisung gegeben, Ermittlungsvorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle vorzulegen.

(2) Kriminelle Delikte sind im allgemeinen als Disziplinwidrigkeiten zu ahnden, d. h. bei leichteren Vergehen finden die vorgesehenen staatspolizeilichen Maßnahmen, bei Verbrechen — wie Mord, Totschlag, Raub — Sonderbehandlung Anwendung.

(3) Bei Kapitalverbrechen an deutschen Personen kann im Einzelfall allerdings eine strafrechtliche Aburteilung zweckmäßig erscheinen. Hält die Staatspolizei(leit)stelle einen solchen Fall für gegeben, kann sie den Vorgang unter der Voraussetzung an die Staatsanwaltschaft abgeben, daß nach den strafrechtlichen Bestimmungen sicher mit der Verurteilung des Täters zum Tode zu rechnen ist.

VI. Geschlechtsverkehr.

Die Ausübung des Geschlechtsverkehrs ist den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet verboten. Durch die streng abgeschlossene Unterbringung haben sie an sich auch keine Gelegenheit dazu. Sollte es dennoch — insbesondere bei den in der Landwirtschaft einzeln eingesetzten Arbeitskräften — zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs kommen, ist wie folgt zu verfahren:

1. Für jeden Geschlechtsverkehr mit deutschen Volksgenossen oder Volksgenossinnen ist bei männlichen Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet Sonderbehandlung, bei weiblichen Arbeitskräften Einweisung in ein Konzentrationslager zu beantragen.

2. Bei Geschlechtsverkehr mit anderen ausländischen Arbeitern ist das Verhalten der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet als schwere Disziplinwidrigkeit mit Einweisung in ein Konzentrationslager zu ahnden.

VII. Maßnahmen wegen Umgangs mit Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet.

(1) Eine besondere Beachtung ist der grundsätzlichen Trennung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet von der deutschen Bevölkerung zu schenken. Es kommt darauf an, ein Eindringen kommunistischen Gedankengutes in die deutsche Bevölkerung durch Unterbindung jedes nicht unmittelbar mit der Arbeit zusammenhängenden Umganges zu verhindern und nach Möglichkeit jede Solidarität zwischen deutschen Menschen und den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet zu vermeiden. Gegen Deutsche, die dem zuwiderhandeln, ist mit den nach der Lage des Einzelfalles gebotenen staatspolizeilichen Maßnahmen vorzugehen.

(2) Sollten sich deutsche Volksgenossen oder Volksgenossinnen mit Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet in Geschlechtsverkehr oder unsittliche Handlungen einlassen, ist gegen sie die Einweisung in ein Konzentrationslager zu beantragen.

(3) Sicherheitspolizeiliche Gefahren birgt auch in hohem Maße der Verkehr der anderen im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter mit den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet in sich; er ist deshalb auch mit Maßnahmen gegen die aus-

ländischen Arbeiter zu bekämpfen. In der Regel wird hierbei die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (bei den Italienern Abschiebung) in Frage kommen; dies gilt auch für Fälle des Geschlechtsverkehrs.

VIII. Fahndung[1].

(1) Flüchtige Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet sind grundsätzlich im Deutschen Fahndungsbuch auszuschreiben. Ferner sind örtliche Fahndungsmaßnahmen zu veranlassen.

(2) Bei Ergreifung ist der Flüchtling grundsätzlich zur Sonderbehandlung vorzuschlagen.

IX. Bearbeitung im Reichssicherheitshauptamt.

(1) Anträge, Meldungen, Rückfragen, die sich aus der Behandlung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet nach den vorstehenden Weisungen ergeben, sind dem für die Bearbeitung von Sowjetrussen zuständigen Referat IV A 1 des Reichssicherheitshauptamtes zuzuleiten[2].

(2) Lediglich Fragen und Meldungen, die sich speziell auf die Bewachung dieser Arbeitskräfte beziehen, sind an das Referat IV E 1 b des Reichssicherheitshauptamtes zu richten.

B. Arbeitskräfte aus den Baltenländern und fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten.

I. Allgemeines.

(1) Diese Arbeitskräfte sind staatspolizeilich im Reich einheitlich zu behandeln. Auf Grund der politischen Einstellung dieser Völker bezw. Volksstämme zum Reich einerseits und ihrer Stellung im Ostraum andererseits unterliegen sie den allgemein für ausländische Arbeitskräfte geltenden Bestimmungen, sind aber in ihrer Lebensführung besonderen Einschränkungen unterworfen.

(2) Diese Beschränkungen beziehen sich im wesentlichen auf eine äußerlich erkennbare Trennung der genannten Arbeitskräfte von dem deutschen Menschen. Da der Einsatz und die Unterbringung dieser Arbeitskräfte nicht streng abgeschlossen und bewacht erfolgt, ist es Aufgabe der Geheimen Staatspolizei, auf die Einhaltung des gegebenen Grundsatzes besonders zu achten. Sie hat durch laufende Verbindung mit den am Ausländereinsatz beteiligten Dienststellen darauf hinzuwirken, daß bei allen Arbeitseinsatzmaßnahmen diesem Grundsatz Rechnung getragen wird. Eine Seßhaftmachung dieser Personen im Reich, eine Einzelunterbringung trotz vorhandener Sammelunterkünfte, eine dem deutschen Arbeiter vorgesetzte Stellung am Arbeitsplatz u. ä. m. darf nicht geduldet werden. Soweit diese Arbeitskräfte selbst gegen den aufgestellten Grundsatz verstoßen und durch Widersetzlichkeit, Tätlichkeiten sich unberechtigt gegen Deutsche vergehen, wird einem solchen Verhalten mit staatspolizeilichen Maßnahmen zu begegnen sein.

---

1 *Vergl. 2 G IV c.*
2 *Geändert durch RdErl. vom 7. 12. 1942, Abschn. VII.*

H2468 – 0011

(3) Diese Arbeitskräfte dürfen aber wegen der grundsätzlich gegnerischen Einstellung ihrer Völker zum polnischen Volke und zum Bolschewismus keineswegs den Polen oder den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet gleichgestellt werden. Dennoch ist ihnen — besonders auch durch Ausbau eines exekutiven Nachrichtendienstes innerhalb dieser Arbeitskräfte — ein besonderes Augenmerk zu widmen, da ihre aufgelockerte Haltung gegenüber dem Deutschen Reich gegebenenfalls durch Nichterfüllung überspannter politischer Erwartungen in das Gegenurteil umschlagen, zumindest aber sich versteifen könnte.

II. Reichsfeindliche Bestrebungen.

Reichsfeindlichen Bestrebungen wie Sabotagehandlungen, kommunistisch-marxistischer Agitation, deutschfeindlichen Äußerungen, Streikhetze, ist unter Berücksichtigung des Vorhergesagten mit aller Schärfe unter Anwendung der üblichen staatspolizeilichen Maßnahmen entgegenzutreten.

III. Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs.

(1) Die Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs dieser Arbeitskräfte obliegt in erster Linie der Geheimen Staatspolizei.

(2) Dies bedeutet selbstverständlich keinen Eingriff in die Tätigkeit des Reichstreuhänders der Arbeit bei der Regelung und Schlichtung betrieblicher Schwierigkeiten mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, soweit kein exekutives Einschreiten erforderlich ist. Der Reichstreuhänder der Arbeit wird bei Notwendigkeit schärferer Maßnahmen die Vorgänge der Geheimen Staatspolizei zuleiten.

(3) In jedem Fall hat jedoch die Staatspolizei(leit)stelle zu prüfen, ob nicht die Verletzung der Arbeitspflicht seitens dieser Arbeitskräfte auf ein Verschulden des Betriebes durch Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtungen sowie allgemeine schlechte Behandlung zurückzuführen ist. Erscheint das Verhalten der betreffenden Arbeitskräfte durch Verschulden seitens des Betriebes gerechtfertigt, ist staatspolizeilich nicht einzuschreiten, da es sich um freie Arbeitskräfte handelt.

(4) Andernfalls ist aber sofort durchzugreifen und bei Verletzung der Arbeitsvertragspflicht seitens dieser Arbeitskräfte in der Regel die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager zu verfügen. In schwereren Wiederholungsfällen kann auch die Einweisung in ein Konzentrationslager beantragt werden. In den staatspolizeilich behandelten Fällen des Arbeitsvertragsbruchs ist der Reichstreuhänder der Arbeit von der Entscheidung jeweils zu unterrichten.

IV. Kriminelle Verfehlungen.

(1) Bei allen von den genannten Arbeitskräften begangenen kriminellen Verfehlungen sind die Ermittlungsvorgänge von den Ortspolizeibehörden, Gendarmeriedienststellen bezw. Kriminalpolizei(leit)stellen nach Abschluß der Ermittlungen zunächst den Staatspolizei(leit)stellen zuzuleiten.

(2) Die Kreispolizeibehörden haben entsprechende Weisung erhalten. Die Einschaltung der Staatspolizei(leit)stellen dient dem

H2468 – 0012

Zweck, diesen eine Übersicht über die Kriminalität der Ostarbeiter in ihren Bezirken zu verschaffen und außerdem besonders verwerfliche Straftaten durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden.

(3) Die dort vorgelegten Ermittlungsvorgänge sind wie folgt zu behandeln:

Sittlichkeitsdelikte, Gewaltverbrechen und Sabotagehandlungen sind grundsätzlich durch staatspolizeiliche Maßnahmen (Sonderbehandlung) zu ahnden; jedoch habe ich gegen eine Abgabe der Ermittlungsvorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft dann keine Bedenken, wenn nach den geltenden strafrechtlichen Bestimmungen sicher mit der Verurteilung des Täters zum Tode zu rechnen ist. In diesen Fällen ist der Ausgang des Strafverfahrens festzustellen; sollte wider Erwarten nicht auf Todesstrafe erkannt werden, ist mir unter Beifügung der Urteilsabschrift zu berichten.

Wegen anderer Delikte entstandene Ermittlungsvorgänge sind in der Regel an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben. Wird auf bestimmten Gebieten eine starke Zunahme der strafbaren Handlungen festgestellt, so bestehen allerdings keine Bedenken, aus Abschreckungsgründen auch rein kriminelle Delikte durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden.

V. Fahndung nach flüchtigen Arbeitskräften.

Hinsichtlich des Fahndungsverfahrens nach arbeitflüchtigen Personen finden die für polnische Zivilarbeiter geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung.

VI. Geschlechtsverkehr mit Deutschen.

(1) Der Geschlechtsverkehr der Arbeitskräfte aus den Baltenländern sowie der fremdvölkischen Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten mit Deutschen ist bei strengster Strafe verboten[1]. Die Arbeiter werden bei Erfüllung ihrer Meldepflicht durch die Ortspolizeibehörden unter Verwendung des beiliegenden Merkblattes[2] mit unterlegtem fremdsprachigen Text eindringlich belehrt. Eine Belehrung der deutschen Bevölkerung wird durch die Parteidienststellen erfolgen.

(2) Die Kreispolizeibehörden haben Weisung erhalten, Arbeitskräfte, die gegen diese Vorschrift verstoßen, unverzüglich festzunehmen und der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle melden zu lassen.

(3) Männliche Arbeitskräfte, die Geschlechtsverkehr mit Deutschen unterhalten haben, sind zur Sonderbehandlung, weibliche Arbeitskräfte zur Einweisung in ein Konzentrationslager vorzuschlagen. Die für die Sonderbehandlung der polnischen Zivilarbeiter ergangenen Vorschriften gelten entsprechend; dies gilt auch für die Behandlung der beteiligten deutschen Personen.

VII. Bearbeitung im Reichssicherheitshauptamt.

Anträge, Meldungen und Rückfragen, die sich aus der Behandlung der Arbeitskräfte aus den Baltenländern sowie der

[1] *Geändert durch RdErl. vom 23. 10. 1943.*
[2] *Anlage 3.*

H2468 – 0013

H2468 – 0014

fremdvölkischen Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten nach den vorstehenden Weisungen ergeben, sind dem für die Bearbeitung dieser Personen zuständigen Referat IV D 3[1] des Reichssicherheitshauptamtes zuzuleiten.

C. Arbeitskräfte polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten.

Die für Arbeitskräfte polnischen Volkstums geltenden Bestimmungen sind in der Anlage 1 unter C aufgeführt. Bei von polnischen Zivilarbeitern begangenen strafbaren Handlungen sind hinsichtlich der Weiterbehandlung der den Staatspolizei(leit)stellen vorgelegten Ermittlungsvorgänge die unter B IV dieses Erlasses ergangenen Richtlinien sinngemäß anzuwenden.

Für die Behandlung der Zivilarbeiter polnischen Volkstums ist im RSHA. nach wie vor das Referat IV D 2 zuständig.

An die IdS., den BdS. in Prag, alle Stapo(leit)stellen, Kripo(leit)stellen, SD-(L)A.
Nachrichtlich:
An die H/uPF., BdS., KdS. im Generalgouvernement.

— Nicht veröffentlicht —

Anlage 1

Der Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium d. Innern
S IV D Nr. 208/42 (ausl. Arb.)

Berlin, den 20. 2. 1942.

Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten.[2]

(1) Nachdem der Herr Reichsmarschall den Einsatz von Arbeitskräften aus den neu besetzten Ostgebieten im Reich befohlen hat, ist es erforderlich, Anwerbung und Einsatz dieser neu hereinkommenden Arbeitskräfte nach polizeilichen Gesichtspunkten zu regeln und die bisher für die aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten gekommenen oder kommenden Arbeitskräfte ergangenen Bestimmungen nach dem Personenkreis, auf den sie anzuwenden sind, klar abzugrenzen.

(2) Vorbehaltlich besonderer Weisungen an die für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen zuständigen Dienststellen gelten für die nachfolgend aufgeführten Gruppen von Arbeitskräften aus dem Osten folgende Bestimmungen:

A. Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet.[3]

(1) Als „Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet" gelten diejenigen Arbeitskräfte, die aus dem ehemals sowjetrussischen Gebiet — mit Ausnahme der ehemaligen Staaten

1 *Geändert durch RdErl. vom 7. 12. 1942, Abschnitt VII.*
2 *Ergänzt und geändert durch RdErl. vom 9. 4. 1942.*
3 *Ergänzt durch RdErl. vom 9. 4. 1942.*

Litauen, Lettland, Estland, des Bezirks Bialystok und des Distrikts Lemberg — zum zivilen Arbeitseinsatz ins Reich hereingebracht sind oder werden.

(2) Für die gesamte Behandlung dieser Arbeitskräfte ist ausschlaggebend, daß sie jahrzehntelang unter bolschewistischer Herrschaft gelebt haben und systematisch zu Feinden des nationalsozialistischen Deutschland und der europäischen Kultur erzogen worden sind.

Sie unterliegen folgender Behandlung:

I. Anwerbung und Überprüfung.

(1) Die Anwerbung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet erfolgt durch Anwerbekommissionen des Reichsarbeitsministeriums, denen die Weisung gegeben ist:

a) nach Möglichkeit nur Personen anzuwerben, die bereits am 22. 6. 1941 in dem Anwerbegebiet gewohnt haben;
b) bei dieser Anwerbeaktion keine Volksdeutschen anzuwerben;
c) außer den unbedingt erforderlichen und als solche zu bezeichnenden Dolmetschern und Kolonnenführern keine deutschsprechenden Personen anzuwerben;
d) bis auf weiteres keine Asiaten anzuwerben;
e) möglichst darauf zu dringen, daß die anzuwerbenden Personen einen Paß oder sonstigen Ausweis mitbringen, an Hand dessen sich die Identität feststellen läßt. Diese Ausweise werden den Arbeitskräften zunächst belassen.

(2) Die Anwerbekommissionen des Reichsarbeitsministeriums errichten Auffanglager, in denen sie eine ärztliche Untersuchung, erste Entlausung usw. veranlassen.

(3) In diesen Lagern erfolgt durch besondere Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD eine Überprüfung der unmittelbar nach der Anwerbung hier zusammengefaßten Arbeitskräfte nach besonderen Weisungen mit dem Ziel, die als besonders gefährliche Elemente in Erscheinung tretenden Personen vom Arbeitseinsatz im Reich auszuschalten. Eine Überprüfung der Arbeitskräfte nach der Volkszugehörigkeit findet nicht statt, da diese für die weitere Behandlung der Arbeitskräfte zunächst ohne Belang ist.

(4) Die Bewachung der Auffanglager wird von den Befehlshabern der Ordnungspolizei im Benehmen mit den Anwerbekommissionen sichergestellt.

II. Transport.

(1) Die Arbeitskräfte werden nur in geschlossenen Transporten ins Reich gebracht.

(2) Dem Transportführer werden Transportlisten mitgegeben, von denen ein Exemplar der für den Einsatzort zuständigen Staatspolizei(leit)stelle zugeleitet wird.

(3) Die Transporte stehen unter Bewachung, die die Ordnungspolizei regelt. Sie laufen durch Entseuchungslager an der Reichsgrenze und enden meist in Durchgangslagern des für den Einsatzort zuständigen Landesarbeitsamtes. Die Bewachung der Durchgangslager übernimmt das Bewachungsgewerbe. Von diesen aus erfolgt auch die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Einsatz-

H2468 – 0015

H2468 – 0016

3040-PS
USA-207

H2468 - 0017

General Decree Collection (Allgemeine Erlassammlung-AES)

2nd Part

SECRET

Published by RSHA I Org.

Section 2 A III f
pp. 15-24

Commitment of Manpower from the East. Circular Decree of the Reich Fuehrer SS and Chief of German Police in the Reich Ministry of the Interior dated 20 February 1942 - S IV No. 208/42 (foreign owrkers)

Enclosed I am sending you general regulations about recruiting and committing man power from the East for your information and careful attention.

I have the following additional directives of the security service (SD):

A. Manpower from the original Soviet-Russian territory.
I. General Security measures.

(1) The commitment of manpower in the Reich from the original Soviet-Rus Russian territory results in greater dangers than any other employment of foreigners inspite of the special standards of their way of living, since a complete separation from the German and other foreign laborers and a strict supervision will frequently, in practice and especially at the place of work, scarcely be effected. The Security police is charged with the responsibility for preventing the danger and it must do everything to accomplish its tasks; that is, to diminish the possibilities of danger to a minimum. Since enforcements cannot be counted on, it is the special task of the inspectors and state police administrative offices to urge the other administrative offices, charged with the commitment of the manpower, to take over the affairs of the security police within the sphere of their jurisdiction.

(2) The tasks resulting from the commitment of Russians are to be summarized by the state police administrative offices in a periodic report and to be recorded therein by a responsible executive official of the criminal police under constant personal supervision of the chiefs of the state police office.

(3) Whenever possible, an official is to be appointed for a certain number of plants, employing manpower from the original Soviet Russian territory, who in connection with the counter-oxpionage officials, directs the supervision of this manpower at the place of and in the quarters.

(4) As far as these plants with manpower from the original Soviet Russian territory do not yet have commissioners for political counter-intelligence, such men are to be appointed.

(5) Lacking further possibilities of supervision, it is absolutely necessary to establish an especially intensively active intelligence service among the laborers, whereby special attention is to be given to the dissemination of communist ideology and the danger of sabotage acts.

III. Placement and Supervision.

(1) The provision of separate and supervised placement of manpower from the original Soviet Russian territory, as provided for under number AV of enclosure 1, must not be disregarded with the singular exception of the individually employed female laborers on the farms.

(2) 1). Special attention must be given to the prompt procurement of guards for the plants mentioned under number AV 1b) and c) of the enclosure.

H2468 - 0018

Even though the plants and the Reich employment administration are obliged to assist intensively in accomplishing this task, the responsibility is nevertheless that of the administrative offices of the security police.

2) Therefore, the following procedure is intended:

a) The state employment offices have orders to plan continously for several weeks in advance, to which plants of their district andin what numerical strength the manpower from the original Soviet Russian territory, due to arrive with the next transport, will be distributed. They shall immediately, after drawing up respectively completing the plan, imform the inspectors of the security police and of the SD about that they, in turn, have to take care that they are constantly kept informed and in communication with the district leader (Bezirdsobmann) of the guild of protective trade (Fachgruppe Bewachungsgewerbe).

b) The inspector of the security police and of the SD of the district in which the manpower from the original Soviet Russian territory is newly committed, receives information promptly, before the arrival of each transport, from section IV E 1b of the Reich security main office (RSHA).

He informs:

The state employment office - section manpower commitment - which, if necessary, has to inform about changes of the arrangements; the inspector of manpower is made in such plants which need officers from the regular police for the guards; the district leader of the guild of protective trade with the task of furnishing the guards for and to establish communication, himself or through the agency with the state police administration office, locally competent for the individual plant; the locally competent state police administration office.

c) The state police office then must examine or must have examined the quarters arranged by the plants. It shall be ascertained whether plant protection exists in the plant, and whether it is sufficient numerically for the guarding of the manpower from the original Soviet Russian territory. If this is not the case, the state police office has to provide for the increase of the plant protection by the protective trade. In the plants where no plant protection exists, it has to supervise the guards made available by the protective agency and to examine whether they fulfill the requirements as to number and qualification.

3) The commitment of the protective trade in protected plants has been discussed with the high command of the armed forces. The administrative group "work commitment" in the Four Year Plan will inform the central offices who have state plants with own guard service subordinated to them, that they can receive manpower from the original Soviet Russian territory only if they guarantee the supervision of manpower by the guard service provided for these plants. Since a poor supervision of the manpower in these plants endangers the general security, the state police administration offices will also have to keep an eye on the guarding of these plants and to report difficulties to the RSHA.

4) Inspite of all precautions, numerous difficulties will arise especially in making available the required guard personnel. These are to be overcome locally as well as possible and in case of failure, to be reported by teletype.

(3) When supervising the guarding of this manpower, the state police administration offices will, above all, have the following duties:

a) Confirmation of the leader of the guard as well as his duty.

In plants with plant protection the leader of the guard is usually the leader of plant protection. In the plants in which are or will be exclusively men of the protective trade, the official furnished by the regular uniformed police - in the county usually the rural police official - is to be appointed leader of the guard. Leaders and deputies should be auxiliary police officials if regular police officials are not available. In larger camps additional capable men may possibly have to be appointed as auxiliary police officials since an auxiliary police official must be at hand at all times. However, attention has to be paid to the fact that guard officials will be appointed as auxiliary police officials only to the absolute necessary extent.

b) Instructions for the plant protection and the guard personnel.
The guards must keep strictly away from the Soviet Russian manpower and must not speak with them except in line of duty. They have to treat the camp inhabitants strictly but must not commit any injustices against them.

c) The conduct of the guards is to be checked constantly. Violations against discipline by the men of the plant protection and the protective trade are to be punished by the state police.

d) Selection of those German men of the administration personnel who are to be given additional duties of special plant protection against the Russians.
Since but a few men of the guards can be used at the working place, the necessary number of German foremen and masters is to be entrusted with these plant protection functions. The men selected for this purpose must be politically dependable, their character unobjectionable, and capable of acting energetically. In plants with a main office plant protection, the subordinate office plant protection men are to be subordinated to the plant protection leader. In plants without a main office plant protection, an subordinate office plant protection leader is to be appointed from among them; he is charged with the supervision of the subordinate office plant protection men. The plant protection men are responsible, in the sense of the aforesaid, for the constant orientation of the guards. The state police offices have to convince themselve about the through spot checks and, if necessary, have to order additional training under consideration of the given situations.

e) General instructions to the guards according to the attached sample (see enclosure No. 2)

f) Special instructions to the guards in individual cases or in special local questions.
The task of the guards is solely the guarding and maintaining of discipline of the manpower from the original Soviet Russian territory. Special problems of administration are not to be given to them. The administration of the camps is, rather, a special affair of the plant; that includes also the keeping of a camp diary resp. of camp index. Of course, this does not exclude the fact that the leader of the guard can make complaints when maladministration endanger the execution of tasks of the security police.

III. Combatting violations against discipline.

(1) According to the equal status of the manpower from the original Soviet Russian territory with prisoners of war, a strict discipline must be exercised in the quarters and at the working place. Violations against discipline, incl. work refusal and loafing at work, will be fought exclusively by the secret state police. The smaller cases will be settled by the leader of the guard according to instruction of the state police administration offices with measures as provided for in the enclosure. To break acute resistance, the guards shall be permitted to use also physical power against the manpower. But this may be done only for a cogent cause. The manpower should always be informed about the fact that they will be treated decently when conducting themselves with discipline and accomplishing good work.

(2) In severe cases, that is in such cases where the measures at the disposal of the leader of the guard do not suffice, the state police office has to act with its means. Accordingly, they will be treated, as a rule, only with strict measures, that is with transfer to a concentration camp or with special treatment.

(3) The transfer to a concentration camp is done in the usual manner.

(4) In especially severe cases special treatment is to be requested at the Reich security main office, stating personnel data and the exact history of the act.

H2468 - 0019

(5) Special treatment is hanging. It should not take place in the immediate vicinity of the camp. A certain number of the manpower from the original Soviet Russian territory should attend the special treatment; at that time they are warned about the circumstances which led to this special treatment.

(6) Should special treatment be required within the camp for exceptional reasons of camp discipline, this is also to be requested.

IV Anti-Reich activities (Reichsfeindliche Bestrebungen).

Anti- Reich activities, especially dissemination of communist ideology, propaganda of disunity, sabotage acts, are to be fought against with the strictest measures. The care in obtaining information shall not suffer through quick arrests, in order to catch the whole group of perpetrators. Anti-Reich conduct is, as a rule, to be punished by special treatment, in slighter cases a transfer to a concentration camp may be considered.

V. Criminal Violations.

(1) Criminal violations will fundamentally - regardless whether committed inside or outside of the camp - be punished by state police measures. The inquiries, as far as necessary, are to be made by criminal police offices. The county police offices are instructed to submit results of inquiries to the competent state police administration office before sending them to the public prosecutor.

(2) Criminal delicts are generally to be punished as violations against discipline, that is, against smaller violations the state police measures, against crimes like murder, deadly assault, robbery special treatment will be used.

(3) When committing captial crimes against German persons, a legal judgment may,, however, in an individual case, appear suitable. If the state police office considers this necessary, it can transfer the case to the prosecuting attorney under the provision that, according to the criminal laws, one can safely count on the death penalty for the perpetrator.

VI. Sexual Intercourse

Sexual intercourse is forbidden to the manpower of the original Soviet Russian territory. By means of their closely confined quarters they have no opportunity for it. Should sexual intercourse be exercised nevertheless - especially among,the individually employed manpower on the farms - the following is directed:

1. For every case of sexual intercourse with German countrymen or women, special treatment is to be requested for male manpower from the original Soviet Russian territory, transfer to a concentration camp for female manpower.

2. When exercising sexual intercourse with other foreign workers, the conduct of the manpower from the original Soviet Russian territory is to be punished as severe violation of discipline with transfer to a concentration camp.

VII. Measures against fraternziation with manpower from the original Soviet Russian territory.

(1) Special attention is to be paid to the fundamental segregation of manpower from the original Soviet Russian territory from the German population. It is important to prevent a penetration of communistic ideology into the German population by cutting off every contact not directly pertaining to the work and , if possible, to avoid every solidarity between German people and the manpower from the original Soviet Russian territory. Against Germans who act to the contrary, steps are to be taken by the state police according to the situation of the individual case.

(2) If German countrymen or women should exercise sexual intercourse

or commit indecent acts with manpower from the original Soviet Russian territory, transfer to a concentration camp is to be requested.

(3) The intercourse between other foreign workers employed in the Reich and the manpower from the original Soviet Russian territory also brings great dangers to be dealt with by the security police, therefore, it should also be fought with measures against the foreign workers. As a rule, the transfer into a correction camp (deportation for Italians) will be considered; this is also valid for cases of sexual intercourse.

VIII. Search.

(1) Fugitive workers from the original Soviet Russian territory are to be announced principally in the German search book (Fahndungsbuch). Furthermore, search measures are to be decreed locally.

(2) When caught, the fugitive must receive special treatment.

IX. Handling in the Reich security main office.

(1) Requests, reports, inquiries resulting from the treatment of the manpower from the original Soviet Russian territory according to the existing directives, are to be transferred to section IV A 1 of the Reich security main office, competent for the handling of Soviet Russian affairs.

(2) Only inquiries and reports, especially pertaining to the guarding of this manpower, are to be addressed to section IV E 1b of the Reich security main office.

B. Manpower from the Baltic states and foreign manpower , not of Polish origin, from the Government General and from the annexed Eastern territories.

I. General.

(1) This manpower is to be treated uniformly in the Reich by the state police. On the basis of the political view of these nations resp. tribes (Volksstaemme) toward the Reich on the one hand and their position in the East on the other hand, they are to be governed by the general regulations valid for foreign manpower, but are subject to special limitations in their way of living.

(2) These limitations consist essentially in a conspicuous separation of this manpower from the German people. Since the employment and housing of this manpower is not closely confined and guarded, it is the task of the secret police to be especially watchful about the obedience to the mentioned principle. The secret police has to inform the offices charged with the employment of foreigners through constant communication, that this principle will be considered in all measures of work employment. Settlement of these persons in the Reich, individual billeting inspite of existing collective quarters, a position superior to that of a German worker, etc. must not be tolerated. As far as these people themselves violate the established principle, and act unlawfully against Germans by insubordination and acts of violence, such a conduct will be met with state police measures.

(3) This manpower must, under no instance, be put on the same level as the Poles or the manpower of the original Soviet Russian territory, on account of their nations' fundamental antagouism toward the Polish people and Bolshevism. Nevertheless, special attention should be paid to them - especially by the establishment of an active intelligence service among this manpower - since their good conduct toward the German nation might change into the opposite, but at least could stiffen, because too high political expectations are not fulfilled.

II. Anti-German activities.

Anti-German activities like sabotage acts, communist-marxist agitation, anti-German statements, strike instigation, are, under consideration of the aforesaid, to be met with all strictness, applying the usual state police

measures.

III. Fighting against the breach of work contract.

(1) The fighting against the breach of work contract of this manpower is principally the duty of the secret state police.

(2) This does not mean, of course, an interference with the activity of the Reich arbitrator of work with the means at his disposal in the regulation and settlement of industrial difficulties as long as no active intervention is necessary. If more stringent measures are necessary, the arbitrator will transfer the proceedings to the secret state police.

(3) In every case, however, it is the task of the state police administration office to check whether the violation of the work duty by this manpower is not caused by the plant by breach of contract as well as general bad treatment. If the conduct of the concerned manpower appears justified through the fault on the part of this plant, the state police is not to interfere, since this is free manpower.

(4) In any other case, however, immediate action is necessary and, in case of a breach of contract on part of this manpower, the transfer to a correction camp is to be ordered, as a rule. In cases of severe repitition the transfer to a concentration camp can also be requested. In the cases of breach of contracts handled by the state police, the arbitrator has to be informed each time about the decision.

IV. Criminal violations.

(1) The inquiry proceedings of all criminal violations committed by the named manpower are to be submitted by the local police offices, rural police offices resp. criminal police offices, after conclusion of the inquiries, to the state police administration offices.

(2) The county police offices have received instructions accordingly. The intervention of the state police administration offices serves the purpose to give them a clear view of the crimes of the Eastern workers in their districts and, besides, to punish especially objectionable criminal acts by state police measures.

(3) The inquiry proceedings presented to them are to be punished as follows:

Crimes against decency, acts of violence, and acts of sabotage are to be punished fundamentally by state police measures (Special treatment); however, I have no objection against a transfer of the inquiry proceedings to the competent public prosecutor if, according to the penal laws, one can safely count on the death sentence against the perpetrator. In these cases the result of the trial is to be ascertained; should a death sentence not be passed, against expectations, a report has to be made to me attaching a copy of the sentence.

Inquiry proceedings resulting from other cats are, as a rule, to be transferred to the competent public prosecutor. If a strong increase of crimes is noted in certain spheres, then there are no objections at all to punish purely criminal acts, as a deterrent example, by state police measures.

V. Searching for fugitive workers.

As far as the proceedings for searching for fugitive persons are concerned, the directives valid for Polish civil workers are to be applied in the same sense.

VI. Sexual intercourse with Germans.

(1) The sexual intercourse of the manpower from the Baltic states as well as of the foreign manpower of non-Polish origin from the Government General and from the annexed Eastern territories with Germans is punishable by severest penalties. (Changed by Circular decree dated 23 October 1943)

The workers will be instructed thoroughly by using the attached orientation sheet (enclo. 3) and foreign languages text when reporting at the local police offices. An instruction of the German population will be effected through the party administration offices.

(2) The county police offices have received instructions to arrest without delay workers who violate this regulation and to report them to the competent state police administration office.

(3) For male manpower who had sexual intercourse with German, special treatment is to be requested, for female manpower, transfer into a concentration camp. The directives issued for the special treatment of Polish civil workers are valid correspondingly; this is also applicalbe for the treatment of the involved German persons.

VII. Handling by the Reich main office.

Requests, reports and inquiries resulting from the treatment, according to the existing directives, of the manpower from the Baltic states as well as of the foreign manpower of non-Polish origin from the Government General and the annexed Eastern territories, (changed by circular decree dated 7 December 1942, section VII) of the Reich security main office, competent for the handling of these persons.

C. Manpower of Polish nationality from the Government General and the annexed Eastern territories.

The valid regulations for manpower of Polish nationality are listed in enclosure 1 under C. When Polish civil workers commit punishable acts, and if the state police office is to act after submittal of the inquiry proceedings, the directives issued under B IV of this decree are to be applied.

Now as before, the section IV D 2 in the Reich security main office is competent for the treatment of civil workers of Polish nationality. To the inspectors of the security police (IdS), the districts of the security police (BdS.) in Prague, all state police administration offices, criminal police administration offices, security service (main) offices (SD-(L)A).

For information:

To the higher SS and police officers, (HSSuPF.), districts of security police (BdS.), commandant of the security police (KdS.) in the Government General

- Not published -

CERTIFICATE OF TRANSLATION
OF DOCUMENT NO. 3040 PS

25 November 1945

I PFC ERNST M. COHN, 33925738, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages; and that the above is a true and correct partial translation of Document No. 3040 PS.

ERNST M. COHN
PFC ,33925738

H2468 -0023

H-2468

USA-207 (3040-PS)

Filed Dec. 12, 1945

USA-207

(3040-PS)

H2468 -0024